



Leistungsbilanz 2020 bis 2023 und Ausblick

Mehr Vernetzung und gemeinsame nachhaltige Entwicklungen

Gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern und damit auch zur EU sind für Baselland und unsere ganze Region essenziell. Als Grenzkanton sind wir stark mit dem Ausland verflochten. Bilaterale Verträge wie auch die Personenfreizügigkeit tragen zum Wohlstand und zur nachhaltigen Entwicklung unserer Region bei. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, sind grenzüberschreitend und brauchen gute, stabile und geregelte Beziehungen mit der Europäischen Union. Gemeinsam mit unserem Regierungsrat und der Nordwestschweizer Regierungskonferenz setze ich mich in Bern dafür ein, dass es endlich vorwärts geht mit den Verhandlungen mit der EU. In der Frühlingssession habe ich einen Vorstoss eingebracht, der den Bundesrat verpflichtet, unsere Vernetzung als Wirtschaftszentrum auf unserer Ebene zu unterstützen – und zwar unabhängig davon, wie und ob die Verhandlungen mit der EU auf Bundesebene weitergehen. Wir brauchen hier und heute eine konkrete Perspektive.

Bildung, Forschung und Innovation sind für unsere Hochschulen, Forschungsinstitute und die regionale Wirtschaft unabdingbar. Ich habe in der WBK-S darauf hingewirkt, dass wir das Swiss TPH in die Region bringen konnten. Die Schweiz muss so schnell wie möglich wieder Vollmitglied von Horizon Europe und Erasmus+ werden. Es ist unser Zugang zur weltweit wichtigsten Forschungsförderung. Um unsere Netzwerke für die Forschenden aber auch für die Menschen, die Wirtschaft und das Gewerbe physisch zu stärken, stehe ich hinter dem Ausbau des Bahnknoten Basels und des trinationalen S-Bahnverkehrs. Wir sind das Herzstück dieses zukunftsweisenden Infrastrukturprojekts für die Dreiländerregion.

Mehr Klimaschutz für gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt

Das Baselbiet ist besonders stark von der Energie- und Klimakrise betroffen. Unsere Abhängigkeit von Öl und Gas ist besorgniserregend und sie beeinträchtigt unsere regionale Versorgungssicherheit: Noch immer hängen zwei Drittel der Heizungen im Baselbiet an fossilen Energieträgern. Die Lösung ist auf Bundesebene das Klimagesetz (der indirekte Vorschlag zur Gletscherinitiative), das wir im Parlament parteiübergreifend erarbeiten konnten. Gleichzeitig handeln wir hier vor Ort in unseren Kantonen: Die Nordwestschweizer Kantone haben ihre eigene Klimacharta verabschiedet. Alle 5 Kantone reichen nun bis 2025 je ihre eigene, kantonale Klimastrategie ein. Die Klimastrategie Baselland ist gerade in der Vernehmlassung. Zusammen mit dem Bund können wir gemeinsam das Nettonull-Emissionsziel des Pariser Klimaabkommens bis 2050 erreichen. Ich habe beides mit vorangetrieben und bin stolz darauf, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern am 18. Juni das Klimagesetz zur Abstimmung vorlegen können. Der aktuelle Synthesebericht des Weltklimarates ist unter dem Credit Suisse-Debakel recht untergegangen. Fakt ist: Der Weltklimarat geht davon aus, dass wir die 1,5-Grad-Grenze schon im nächsten Jahrzehnt überschreiten, wenn wir nichts tun. Die Emissionen müssen bis 2030 um die Hälfte reduziert werden.

Die Klima- und Biodiversitätskrise

Die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel unserer Arten sind bedroht. Die zunehmende Hitze und Trockenheit stellen uns vor grosse Herausforderungen und beeinträchtigen unsere Gesundheit und Lebenserwartung. Zum Wassermanagement und der dringend nötigen Anpassung des Waldes an die neuen Klimabedingungen habe ich entsprechende Vorstösse eingebracht und unterstützt. Als Agrarpolitikerin unterhalte ich seit jeher ebenso gute Verbindungen zum Bauernverband wie zum VKMB, zum FibL, zu Agroscope und zu Wald beider Basel.

Die schleichende Epidemie der Antibiotikaresistenzen ist alarmierend. Mit meiner erfolgreichen Motion beauftragte ich den Bundesrat, seine One-Health-Strategie mit einer systemischen Forschung zur Verbreitung der Antibiotikaresistenzen bei Mensch, Tier und in der Umwelt zu verstärken, um eine Strategie zur Ursachenbekämpfung zu entwickeln. Es handelt sich hier um modernste Forschung, die sich am Mensch-Tier-Umwelt-Kreislauf ausrichtet. Als Stiftungsrätin von Pro Specie Rara und Biovision Foundation engagiere ich mich für eine ökologische, gentechfreie Landwirtschaft und ein nachhaltiges Ernährungssystem mit fairem Handel. Ich konnte wesentlich dazu beitragen, dass das Gentechmoratorium nun bis 2025 verlängert ist und der Bundesrat muss aufgrund meiner Motion das Patentrecht so anpassen, dass mehr Transparenz und Rechtssicherheit für Schweizer Saatgut- Züchterinnen und Züchter geschaffen wird. Unabhängigkeit und Vielfalt bedeutet auch hier Sicherheit – Ernährungs- und Versorgungssicherheit!

Schliesslich freut es mich sehr, dass der Bundesrat mit der Agrapolitik22+ endlich eine nachhaltig-resiliente Land- und Ernährungswirtschaft anstrebt, wie ich und die Grünen sie seit vielen Jahren fordern. Entscheidend wird aber sein, den Klimaschutz nun von Anfang an mit einzubeziehen und auch unsere Handelspolitik und die Lebensmittelimporte nachhaltig zu gestalten. Hier wird es in der kommenden Legislatur noch einiges zu tun geben.

AHV und BVG – Bessere Renten insbesondere für Frauen

Nachdem die AHV-Revision mehrheitlich auf dem Rücken der Frauen stattgefunden hat, stand das Parlament der weiblichen Hälfte der Bevölkerung gegenüber in der Pflicht. Die Reform der beruflichen Vorsorge konnte in der Frühlingssession '23 abgeschlossen werden und wir konnten endlich die 35 Jahre alte Forderung der Frauendachverbände realisieren: Einen prozentualen statt des fixen Koordinationsabzugs: Neu werden 80 Prozent des jeweiligen AHV-Lohns versichert sein. Die Eintrittsschwelle liegt neu bei einem Lohn von 19'845 Franken. Ich und die Mehrheit des Ständerates hatten lange an einer Schwelle von 17'640 Franken festgehalten, um mehr Teilzeit- und Mehrfachangestellte in die 2. Säule bringen zu können. Der jetzige Kompromiss bedeutet immerhin für rund 70.000 Menschen mit kleineren Einkommen, Mehrfachbeschäftigten und Teilzeit-Arbeitende erstmals eine Versicherung in der 2. Säule und weitere 40'000 Personen werden besser versichert. Paare können nun die Familien- und Erwerbsarbeit untereinander aufteilen, ohne Einbussen in der Rente befürchten zu müssen. Wichtig ist auch: Für die Arbeitgebenden ist die Mehrbelastung verkräftbar. Es ist mir sehr wichtig, dass die Stimmbürger:innen das letzte Wort haben werden. Voraussichtlich in einem Jahr – im Frühling 2024.

Zudem habe ich in der letzten Legislatur darauf hingewirkt, dass im Rahmen der IV-Weiterentwicklung die Voraussetzungen geschaffen wurden, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern. In der SGK-S habe ich Anträge für Verbesserungen, beispielsweise im Bereich der Gutachten und der Kinderrenten eingebracht. Ein Erfolg ist meine Motion, die Praxis über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung (HVI) anzupassen, sodass die monatlichen Vergütungen für Dienstleistungen, die von Dritten erbracht werden müssen, flexibel im Sinne eines jährlichen Erwerbseinkommens der versicherten Person verrechnet werden.

Mehr Gleichstellung - mehr Gerechtigkeit

Als Co-Präsidentin von alliance F und Co-Präsidentin von Inclusion Handicap liegt mir die Gleichstellung und die soziale Gerechtigkeit sehr am Herzen. Als Tagespräsidentin der historischen Frauensession anlässlich des Jubiläums 50 Jahre Frauenstimmrecht 2021 durfte ich zusammen mit Parlamentskolleginnen und den 246 Sessionsteilnehmerinnen 23 Petitionen an das Parlament überreichen. Dank der überparteilichen Zusammenarbeit von alliance F sind in der Zwischenzeit mehr als die Hälfte der Gleichstellungsforderungen auf gutem Weg. Die Diskriminierung von Frauen ist aber leider immer noch traurige Realität. Sei es bei Misshandlungen im Sport, die wir durch unsere Frauenpower im Ständerat hoffentlich beenden konnten. Hier konnte ich mit einer Motion die Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle bei Misshandlungen im Schweizer Sport einbringen. Auch die häusliche Gewalt ist in der Schweiz immer noch ein ungelöstes Problem. Fast jede zweite Woche wird eine Frau durch einen (Ex)Partner getötet! Das ist eine Schande für unsere Gesellschaft. Zur Bekämpfung dieser täglichen, versteckten Gewalt mitten unter uns, lancierte ich ein Postulat «Stopp der Tötungsdelikte an Frauen im häuslichen Umfeld». Es verpflichtet den Bundesrat, Präventionsmassnahmen auf verschiedenen Ebenen zu prüfen und mit den Kantonen umzusetzen.

Dank eines weiteren Postulates muss der Bundesrat die Aufwertung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften prüfen und aufzeigen, wie Anspruchsvoraussetzungen niederschwelliger gestaltet und die Gruppe der Anspruchsberechtigten (z.B. auf Grosseltern) erweitert werden kann.

Mehr Gerechtigkeit und vor allem konkrete Hilfe braucht es auch für die Berufsgruppe des Gesundheitspersonals in unserem Lande. Es herrscht Pflegenotstand: Zurzeit sind 14'800 Pflegestellen unbesetzt – ein neuer Negativrekord. Bis 20230 werden rund 20'000 ausgebildete Pflegekräfte fehlen (Obsan). Sie alle haben ganz wesentlich zur Bewältigung der Coronapandemie mitgetragen und uns gesund gepflegt. Ich habe mich daher stark für die Pflegeinitiative eingesetzt und arbeite jetzt an einer raschen Umsetzung. Ich bin deswegen in engem Austausch zwischen dem BAG und den kantonalen Behörden in unserer Gesundheitsregion BL/BS.

Derweil läuft uns in der spezialisierten Kinder- und Jugendmedizin die Zeit davon und dies, obwohl die Kostendeckung dafür schon seit Jahren bei nur 70% liegt. Ich habe den Bundesrat ermahnt, das Feld hier nicht länger den Tarifpartnern zu überlassen und darin unserem Regierungsrat Baselland den Rücken gestärkt. Denn er fordert den Bundesrat ebenfalls zur Eile auf: Noch vor der Inkraftsetzung einer neuen übergreifenden Tarifstruktur sind vordringlich Verbesserungen im Tarmed zugunsten der Kinderspitäler und Kinderkliniken nötig.

Parlamentarisch wie ausserparlamentarisch setze ich mich ein für:

- Vereinbarkeit Beruf und Familie
- Elternzeit und politische Rechte und Mutterschaftszeit
- Individualbesteuerung
- Reformen der Altersvorsorge
- Gleichstellung in der Wissenschaft
- Revision des Sexualstrafrechts
- Schutz vor Gewalt
- Bildung und Wissen im Gosteli-Archiv
- Helvetia ruft: Frauen in die Politik und Legislaturprogramm zur Gleichstellung